

NEWSLETTER

AUSGABE JULI





LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Im **Mai 2019** ist neben der **Kommunalwahl** auch wieder zeitgleich die Europawahl. Ich finde, es ist diesmal eine sehr wichtige, vielleicht die wichtigste **Europawahl** überhaupt. Das große **Friedensprojekt Europa** steht am Scheideweg.

Überall erstarken die **Rechtspopulisten**, der Wunsch nach unabhängigen Nationalstaaten wird laut und damit ist „unser“ Europa in Gefahr.

Aus diesem Grund werde ich Euch ab sofort in **jedem Newsletter** einen Beitrag unter der Rubrik „**Europa - Was geht das mich an?**“ zu europäischen Themen informieren. Auch unsere **Europakandidatin Luisa Boos** wird mit dabei sein und kommentieren. Als Mitglied des Europaausschusses weiß ich um die Bedeutung dieses Themas und freue mich auf die kommenden Monate.

Ihre

Sabine Wöhr

BUND UND LAND

Wichtige Themen gemeinsam anpacken



Die Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion war Mitte Juli bei uns in der Landtagsfraktion zu Gast. Beim gemeinsamen Meinungsaustausch standen all jene aktuellen Themen im Mittelpunkt, die gleichermaßen uns als Landtagsfraktion sowie die KollegInnen im Bundestag beschäftigen. Ob Ganztagsbetreuung, Digitalisierung oder Sozialer Arbeitsmarkt – es gibt viele inhaltliche Überschneidungen.

Dies gilt besonders für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Wohnungen sind kaum mehr zu finden, schon gar nicht für mittlere oder kleine Einkommen. Insbesondere für Familien und Menschen mit geringem Einkommen ist dies extrem belastend. Deshalb lassen wir hier auch nicht locker. Bereits vor rund einem Jahr haben wir in der SPD-Landtagsfraktion deshalb einen Katalog mit konkreten Maßnahmen vorgelegt, damit in Baden-Württemberg wieder deutlich mehr Häuser und Wohnungen gebaut werden. Ein wichtiger Baustein dabei ist, die Landesbauordnung von hemmenden Vorschriften zu befreien. Nach über einem Jahr Diskussion hat sich hier jetzt endlich auch die grün-schwarze Landesregierung bewegt. Herausgekommen ist ein Kompromiss, bei dem die Grünen auf die starre Vorgabe von Fahrradstellplätzen verzichten, im Gegenzug akzeptiert die CDU, dass Dächer auch künftig begrünt werden müssen. Die geänderten Vorschriften sollen ab 2019 gelten, bisher sind die genannten Punkte aber nur Lippenbekenntnisse und keine rechtliche Vereinbarung. Das ist uns zu vage. Ohne Landesfördermittel und insbesondere ohne zusätzlich ausgewiesene Bauflächen, bleibt die Kapazität des neugeschaffenen Wohnraums im Land weiter um Längen hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück.

Auch auf Bundesebene geht es nach zähem Ringen der SPD-Bundestagsfraktion mit der CDU/CSU jetzt endlich voran. Das Baukindergeld kommt und es gibt zusätzliche finanzielle Mittel für den sozialen Wohnungsbau und die Städtebauförderung. Die Mietpreisbremse wird so weiterentwickelt, dass sie auch greift. Dazu gibt es bereits einen Referentenentwurf, den CDU/CSU derzeit (Stand Mitte Juli) allerdings noch blockieren. Als weiteren Punkt zur Verbesserung der Wohnungsnot konnte die SPD die Weiterentwicklung des Mietspiegels im Koalitionsvertrag verankern, um einen weiteren Anstieg der Mieten zu dämpfen. Auch die Reform des Wohngeldes zugunsten von Menschen mit geringem Einkommen ist vorgesehen. Hier gibt es aktuell noch kein Ergebnis.

Gerade das Thema bezahlbarer Wohnraum zeigt, wie wichtig es ist, dass SPD-Politikerinnen und Politiker auf allen Ebenen gleichzeitig und in dieselbe Richtung an einem Strang ziehen. Dazu ist der intensive Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundestag unerlässlich.



Die SPD ist im Landtag die treibende Kraft für eine Wohnraumoffensive in Baden-Württemberg. Wie schon in der vergangenen Regierungskoalition steht für die SPD fest: eine ausreichende und angemessene Wohnraumversorgung ist ein wesentlicher Baustein, damit sich alle Menschen in Baden-Württemberg zu Hause fühlen können. Wir finden uns nicht damit ab, dass es so vielen Menschen in Baden-Württemberg schwerfällt, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

[STANDPUNKT RUNTERLADEN](#)



KOSTENFREIE KITAS

Frühkindliche Bildung



Während im Bund aufgrund des von der Bundesfamilienministerin Franziska Giffey angekündigten **Gute-Kita-Gesetz** Bewegung in die Debatte über kostenfreie Kinderbetreuung kommt, herrscht in der ökokonservativen baden-württembergischen Koalition Stillstand. Vermehrt hatte Kultusministerin Eisenmann den Einstieg in die Gebührenfreiheit abgelehnt. Zuletzt auch in einem von unserer Fraktion gestellten Antrag (Drucksache 16/3878) zum Thema „Einstieg in die Gebührenfreiheit“, in dem die Ministerin klar betonte, dass das Land „keine Gebührenfreiheit für frühkindliche Bildungsangebote“ anstrebt. Unsere Forderung, für einen Einstieg in die kostenfreie Kinderbetreuung 120 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, wurde abgelehnt. Bildungs- und Chancengerechtigkeit scheinen für grün-schwarz keine Priorität zu haben.

Gute Bildung beginnt bereits im Kleinkindalter und nicht erst in der Grundschule. Kinderkrippen und -tagesstätten (Kitas) sind daher Bildungseinrichtungen mit weit mehr als einem reinen Betreuungsauftrag und müssen als solche gestaltet werden. Auch das vorgeschobene Argument, man müsse in Qualität anstatt in Gebührenfreiheit investieren, ist absurd. Die Handlungsfelder Gebührenfreiheit, Betreuungskapazitäten und Qualitätsentwicklung gilt es sinnvoll miteinander zu verknüpfen, statt sie gegeneinander auszuspielen. Eltern sollten sich niemals zwischen einem guten und einem günstigen Angebot entscheiden müssen – ein Land wie Baden-Württemberg muss, gerade in Anbetracht der guten Kassenlage, seinen Familien überall qualitätsvolle und gebührenfreie Bildung bieten. Hier findet Ihr einen umfangreichen Forderungskatalog der SPD-Landtagsfraktion.

SAUTER GRÜN ERLBEN

Zu Besuch in Waldkirch



Landschafts- und Sportplatzbau Baden-Württemberg, lernen Abgeordnete des Landtags von Baden-Württemberg Betriebe innerhalb ihres Wahlkreises kennen, packen mit an und lernen so die Landschaftsgärtnerbranche besser kennen. Dass die Anforderungen an den Berufsstand stetig steigen und das starke Bedürfnis nach Grün die Branche aufleben lässt, durfte ich in einem gemeinsamen Gespräch mit den Inhaber der Gärtnerei Sauter, Ralf Sauter und dem Referenten des GaLaBau-Verbandes Baden-Württemberg in Waldkirch aus erster Hand erfahren. 1925 als Gärtnerei Sauter in Waldkirch gegründet, bietet der fast 100 Personen starke Betrieb heute auf über 2 ha Gewächshausfläche und 2 ha Freiland in den Gartencentern in Gundelfingen, Waldkirch und Lahr eine große Auswahl an Pflanzen aus den eigenen Produktionsbetrieben an.

Themen wie Dachbegrünung, grüne Stadtentwicklung, Datenschutzgrundverordnung und Dieselfahrverbote beschäftigen die Landschaftsgärtnerinnen und -gärtner. Ein weiteres großes Problem für den Garten- und Landschaftsbau sind die immer knapper werdenden Deponieflächen. Die bestehende Deponieknappheit und die Anforderungen in Bezug auf die Kreislaufwirtschaft sind gravierende Kostentreiber. Die betroffenen Betriebe fordern hier keine weitere Absenkung der Grenzwerte. Das führe sonst zur weiteren Verschärfung der Deponieknappheit. Hier habe ich zugesagt, mich mit den Kolleginnen und Kollegen der Bundestagsfraktion abzusprechen, damit wir eine sozialverträgliche Lösung für den Umweltschutz finden. Die Forderungen des Verbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau nehme ich gerne mit nach Stuttgart.

ZENTRUM FÜR PSYCHIATRIE

Zu Besuch im ZfP-Emmendingen



In einem gemeinsamen Gespräch mit Teilen der Geschäftsleitung des ZfP-Emmendingen, sprach ich mit Ärzten über das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Thema Fixierung in der Psychiatrie und über Bedenken einiger Bürger in Bezug auf Entweichungen aus dem Zentrum für Psychiatrie (ZfP) in Emmendingen. Das Land Baden-Württemberg hat in der grün-roten Regierungszeit unter Federführung des SPD geführtem Sozialministerium das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) auf einen modernen Stand gebracht. Jetzt wird aufgrund einer Klage vor dem BVerfG eine Änderung notwendig.

Auch sprachen wir über das Thema Entweichungen. Immer wieder werde ich in Emmendingen von Bürgerinnen und Bürger angesprochen, wenn mal wieder ein Hubschrauber über der Stadt kreist und man Sorge hat, dass aus dem ZfP vielleicht ein Patient entwichen sein könnte, von dem eine potentielle Gefahr ausgeht. Für das ZfP bedeutet dies immer wieder mit Vorurteilen konfrontiert zu werden. Die Aufklärungsarbeit ist für die Ärzte ein nicht immer einfaches Unterfangen. Obwohl über 95% der Patientinnen und Patienten sich freiwillig im ZfP befinden, würde man psychisch kranken Patienten mit vollkommen irrationalen Ängsten begegnen. Die Stigmatisierung von psychisch kranken Menschen ist noch immer ein großes Problem. Wenn ein Mensch einen gebrochenen Arm hat, ist das Krankheitsbild für jeden leicht nachvollziehbar. Hat ein Mensch jedoch eine Psychose oder ist depressiv, dann geht man automatisch davon aus, diese Person sei vielleicht gefährlich. Ich regte an noch stärker auf die Menschen zuzugehen und die Öffentlichkeit zu suchen. Das ZfP gehört zu Emmendingen, es darf nicht sein, dass die Bevölkerung ein mulmiges Gefühl hat. Wir brauchen hier ein gutes Miteinander, Toleranz und Offenheit.

Perspektive

Unsere neue Kollegin Ana Agatiev berichtet über ihre ersten Erfahrungen



Ich kenne Sabine Wölfle seit mehreren Jahren. Ihr Engagement und ihre starke Persönlichkeit habe ich schon immer bewundert. Als eine der zwei weiblichen Abgeordneten Südbadens im Stuttgarter Landtag vertritt sie bereits in der zweiten Legislaturperiode den Emmendinger Wahlkreis. Ihre Funktionen in der SPD-Fraktion und in den Gremien des Landtages sowie ihre Fachgebiete wie z.B. Sozialpolitik, Integrations- und Frauenpolitik sind alles Themenkomplexe, die mir sehr am Herzen liegen.

Sabine Wölfle hat wie fast jede*r Abgeordnete zwei Büros; das Wahlkreisbüro in Emmendingen und das Landtagsbüro in Stuttgart. Fraktionssitzungen, Ausschüsse, Arbeitsgruppen, Gespräche mit Experten, Debatten im Plenum, Treffen mit Vertretern von Verbänden und Organisationen sowie Vor-Ort-Termine im Wahlkreis. Damit alle Termine reibungslos ablaufen und gut vorbereitet sind, ist sie sowohl auf die inhaltliche als auch die organisatorische Unterstützung ihrer Mitarbeiter*innen angewiesen.

Natürlich wusste ich, dass Abgeordnete keine regulären Arbeitszeiten haben und man daher sehr flexibel in diesem Metier sein muss. Und dennoch habe ich großen Respekt vor dem Zeit- und Energieaufwand, den Sabine aufbringt, um für eine vernünftige Politik für die Menschen in ihrem Wahlkreis sowie in den Betreuungswahlkreisen (und oft sogar darüber hinaus) eintreten und kämpfen zu können. Es ist einfach schön zu sehen mit welcher Leidenschaft sie sich für ein besseres und gerechteres Zusammenleben aller einsetzt, trotz mancher anstrengender Diskussionen mit den politischen Gegnern oder nervenaufreibender Erfahrungen im Landtag, insbesondere seit dem Einzug der AfD ins Landesparlament.

Diesen Spaß und die Freude an der Arbeit überträgt sie voll und ganz auf ihre Mitarbeiter*innen. Das Arbeitsumfeld ist ausgezeichnet. Zu jeder Zeit und auch in Stresssituationen herrscht ein sehr positiver, freundlicher und produktiver Umgang miteinander. Dadurch ist auch die Stimmung in und zwischen den Büros immer angenehm. Als neue Mitarbeiterin und Kollegin im Wahlkreisbüro wurde ich nicht nur gut empfangen, sondern von Anfang an gleich in das Team quasi „integriert“ und in das tägliche Geschehen sofort miteinbezogen, sei es durch die inhaltliche Zuarbeit im Wahlkreisbüro oder die Klärung einzelner Fragen in unserer „Büro Wölfle“-WhatsApp Gruppe. Es wird immer versucht – trotz verschiedener Verantwortungsbereiche – eine gemeinsame Linie zu finden, sodass wir alle optimal eingebunden sind.

Die Arbeit im Wahlkreis ist immer spannend und aufregend. Sie ist ein wichtiger Bestandteil der politischen Arbeit vor Ort. Doch ein Großteil der parlamentarischen Arbeit spielt sich in der politischen Landeshauptstadt Stuttgart ab.

Im Rahmen einer politischen Bildungsfahrt zum Landtag habe ich dann auch meine Kolleginnen im Landtagsbüro persönlich kennengelernt. Um die Arbeitswelt des Stuttgarter Büros sowie Abläufe der Landespolitik besser zu verstehen, durfte ich bereits im Juli Barbara Schweizer auf der Fahrt zum Landtag begleiten. Zusammen mit Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis besuchten wir Sabine Wölfle außerhalb eines Plenartages in Stuttgart.

Nach einer dreistündigen Fahrt, dem anschließenden kleinen Spaziergang der Besucherinnen und Besucher durch die Landeshauptstadt sowie dem nachfolgenden leckeren Mittagessen im Restaurant Plenum im Landtagsgebäude, wurden wir von einem Vertreter des Besucherdienstes des Landtages begrüßt. Dieser hatte uns während des Rundgangs durch den Landtag in die Geschichte des Landtagsgebäudes, die Arbeitsweise der Parlamentarier und den Prozess der Landesgesetzgebung bestens eingeführt. Da an diesem Montag der NSU-Untersuchungsausschuss tagte und keine Plenarsitzung vorgesehen war, herrschte im Landtag keine beträchtlich hohe Aktivität. Später durften wir auf den Sitzen der Abgeordneten im Plenarsaal Platz nehmen und bekamen so einen Einblick in den Ablauf einer Plenarsitzung und den Aufbau des Landesparlaments. Im Anschluss fand in den Räumlichkeiten des Bürger- und Medienzentrums der lang ersehnte Austausch mit Sabine Wölfle statt.

Die Fragen und Anregungen umfassten nicht nur originäre landespolitische Themen wie Bildungspolitik - bei der Sabine auf das Kooperationsverbot kritisch einging - sondern auch aktuelle bundespolitische Themen, wie die Flüchtlingspolitik und die Querelen innerhalb der Unionsparteien. Auch zu weiteren Anliegen der Besucherinnen und Besucher wie z.B. Krankenhausfinanzierung, sozialer Wohnungsbau, Trinkwasserversorgung der Stadt Herbolzheim oder der katastrophale Zustand der Kandelstraße hat Sabine Wölfle Stellung genommen und Position bezogen.

Durch meine Nebentätigkeit bei Sabine Wölfle kann ich inmitten des landespolitischen Geschehens Erfahrungen sammeln. Es macht einfach Spaß, immer wieder mit neuen interessanten Herausforderungen konfrontiert zu werden. Für mich ist das jedenfalls eine lehrreiche Erfahrung. Ich freue mich auf die kommende Zeit!

Mein Name ist Ana Agatiev. Ich bin 34 Jahre alt. Ursprünglich komme ich aus der Republik Moldau, genauer genommen aus dem international nicht anerkannten „Transnistrien“ und lebe seit mittlerweile 13 Jahren im Landkreis Emmendingen. Seit meinem Studienabschluss in Politikwissenschaft an der Uni-Freiburg arbeite ich im SPD-Regionalzentrum Südbaden in Freiburg. Zudem bin ich in der Partei auch ehrenamtlich politisch aktiv.



Europa - Was geht das mich an?

Die berüchtigte „Gurkenrichtlinie“, die Sache mit den Glühbirnen oder dem Staubsauger, fast jedem von uns fallen Beispiele ein, die belegen sollen, wie praxisfern, bürokratisch oder unsinnig Europa-Politik angeblich ist. Den wenigsten von uns ist dabei klar, wie sehr wir tatsächlich von Europa profitieren. In Zeiten, wo EU-Bashing in bestimmten Kreisen inzwischen leider zum guten Ton gehört, tut Aufklärung not. Ich werde daher in meinem Newsletter in lockerer Folge mit EU-Mythen aufräumen und aufzeigen, wo uns Europa effektiv nutzt.

Roaming und Online-Abos auf Reisen: Seit Juni 2017 können Mobiltelefone innerhalb Europas genauso wie daheim genutzt werden, ohne dass zusätzliche Gebühren anfallen. Niemand braucht sich nach dem Urlaub oder der Rückkehr von einer Geschäftsreise mehr mit einer unerwartet hohen Rechnung herumzuschlagen. Nun ist ein weiterer Pluspunkt hinzugekommen: Seit April 2018 kann man EU-weit jetzt ohne Mehrkosten auch auf Abonnements für Fernsehen, Filme, Sport, Musik oder E-Books zugreifen, die zuhause rechtmäßig erworben wurden. Aber Achtung bei Kreuzfahrten! Hier gelten auch in europäischen Gewässern nach wie vor deutlich teurere Tarife, weil der Empfang über Satellit und nicht über einen Mobilfunkmast an Land läuft.

Airbnb und Verbraucherschutz: Die EU-Kommission und EU-Verbraucherbehörden haben Airbnb aufgefordert, ihre Preisangaben und Geschäftsbedingungen an die europäischen Verbrauchervorschriften anzupassen. Wer eine Ferienwohnung im Internet bucht, muss problemlos erkennen können, was diese kostet (Endpreis) und es braucht faire Regeln, wenn der Eigentümer den Vertrag kündigt. Airbnb hat jetzt bis Ende August Zeit, Lösungsvorschläge vorzulegen, ansonsten drohen Sanktionen der EU.

Sommerzeit belassen oder abschaffen? Dazu hat die EU-Kommission eine europaweite [Befragung](#) gestartet. Die Umfrage soll zeigen, ob es bei der jetzigen Sommerzeitregelung bleibt oder ob sie in der gesamten EU abgeschafft wird. Der [Online-Fragebogen](#) ist in 23 Sprachen verfügbar. Noch bis zum 16. August können alle EU-Bürgerinnen und Bürger teilnehmen.

Europas Zukunft mitgestalten: Die EU will Ergebnisse in den Bereichen erzielen, die den Menschen am Herzen liegt. Die EU-Staats- und Regierungschefs haben deshalb Vorschläge entwickelt, mit denen die Probleme und Herausforderungen angepackt werden sollen, die dringend einer Lösung bedürfen: [Das Weißbuch zur Zukunft Europas](#). Die Bürgerinnen und Bürger sind ausdrücklich dazu aufgerufen, sich an diesem Diskussionsprozess zu beteiligen – im Rahmen der vielen europaweiten Veranstaltungen (auch in Baden-Württemberg) oder der [Online-Befragung](#) zur Zukunft Europas.

Fortan wird in jedem Newsletter bis zur Europawahl eine Seite dem Thema „Europa - Was geht das mich an?“ gewidmet werden. Dabei werden auch gezielte Verbindungen von Landes- und Europapolitik dargestellt. Den Auftakt bildet das Thema: Was bringt mir Europa in diesem Sommer?

#Europa